

Rheinland-Pfalz



Raumordnungsbericht 1993
der Landesregierung Rheinland-Pfalz

Staatskanzlei



Raumordnungsbericht 1993
der Landesregierung Rheinland-Pfalz

Impressum:

Herausgeber: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Kartographie und Druck: Kartographie Horst,
Robert-Bosch-Str. 4B,
64319 Pfungstadt



Vorwort

Der Berichtszeitraum des vorliegenden Raumordnungsberichtes 1993 der Landesregierung ist gekennzeichnet durch tiefgreifende politische, weltwirtschaftliche und ökologische Veränderungen. So hatten in den letzten vier Jahren die politisch-militärische Entspannung, die Vereinigung Deutschlands, die Öffnung der Märkte in Osteuropa, die Vollendung des europäischen Binnenmarktes und die weiter ansteigende Umweltbelastung Einfluß auf die strukturelle Entwicklung von Rheinland-Pfalz.

Kein anderes Bundesland ist von den Folgen des Truppenabbaus so stark betroffen wie Rheinland-Pfalz. Seit Beginn der Truppenreduzierungen gingen bis Ende 1993 rund 20.000 militärische und ca. 12.000 zivile Arbeitsplätze verloren. Es ist damit zu rechnen, daß bis zum Jahre 2000 ein weiterer Verlust von Arbeitsplätzen in gleicher Höhe ansteht. Um eine Konzentration von Fördermaßnahmen auf besonders betroffene Arbeitsmarktregionen zu erreichen, hat daher die Landesregierung als erstes Bundesland im März 1992 ein Landesüberbrückungsprogramm „Konversion“ aufgelegt.

Ein ebenso bestimmender Einflußfaktor wie die Konversion war die Bevölkerungsentwicklung des Landes in den Jahren 1989 bis 1993. Sie war geprägt durch hohe Wanderungsgewinne, ausgelöst durch die Öffnung der Grenzen in Europa auch nach Ost- und Südosteuropa. Eine derartig starke Zunahme der Einwohnerzahlen

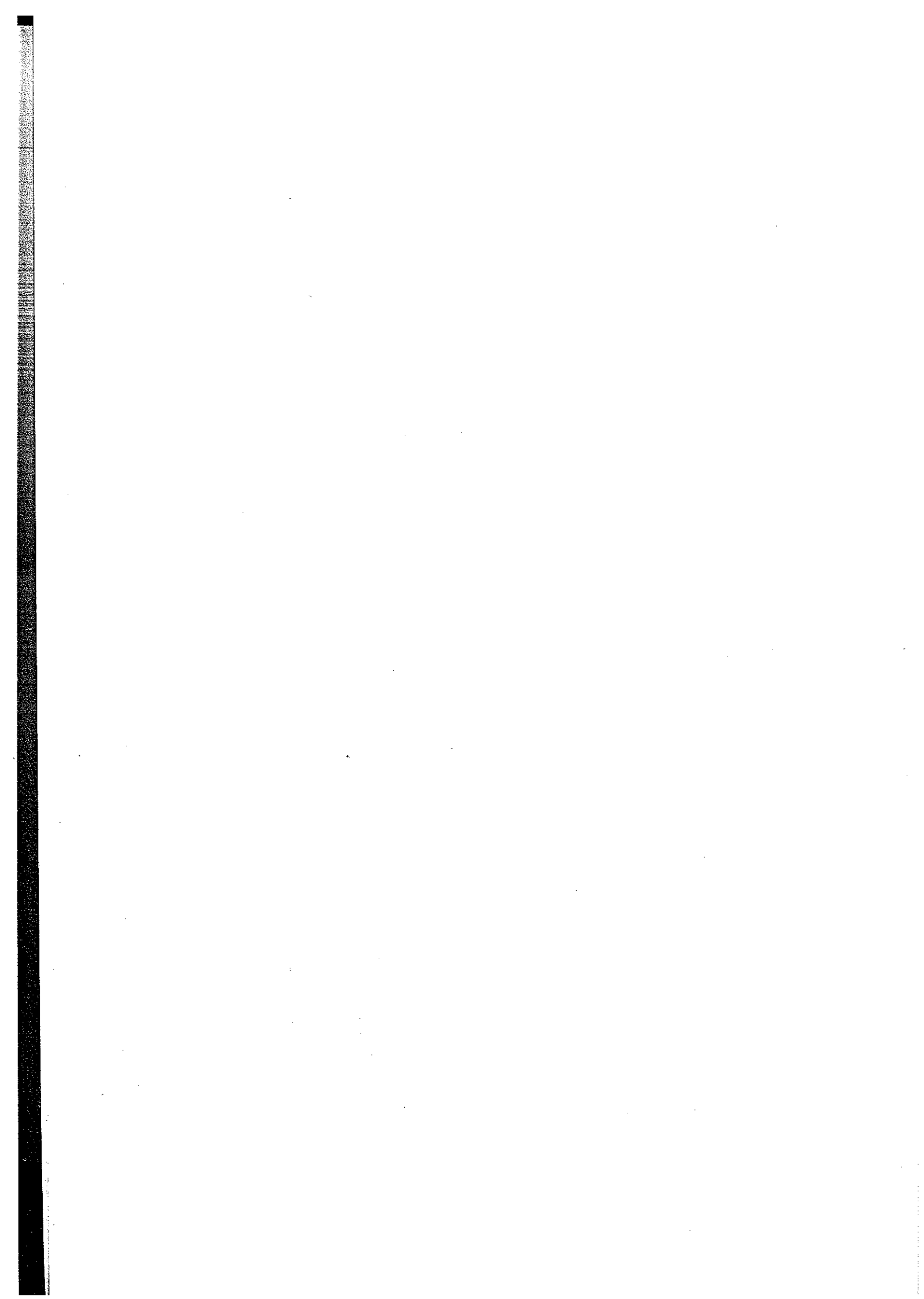
war zuletzt in den fünfziger Jahren zu beobachten. Allein die daraus resultierende verstärkte Wohnungsnachfrage kann vom Land allein nicht gelöst werden. Jedoch trägt die Landesregierung mit stabilen und verbesserten Rahmenbedingungen dieser Entwicklung Rechnung.

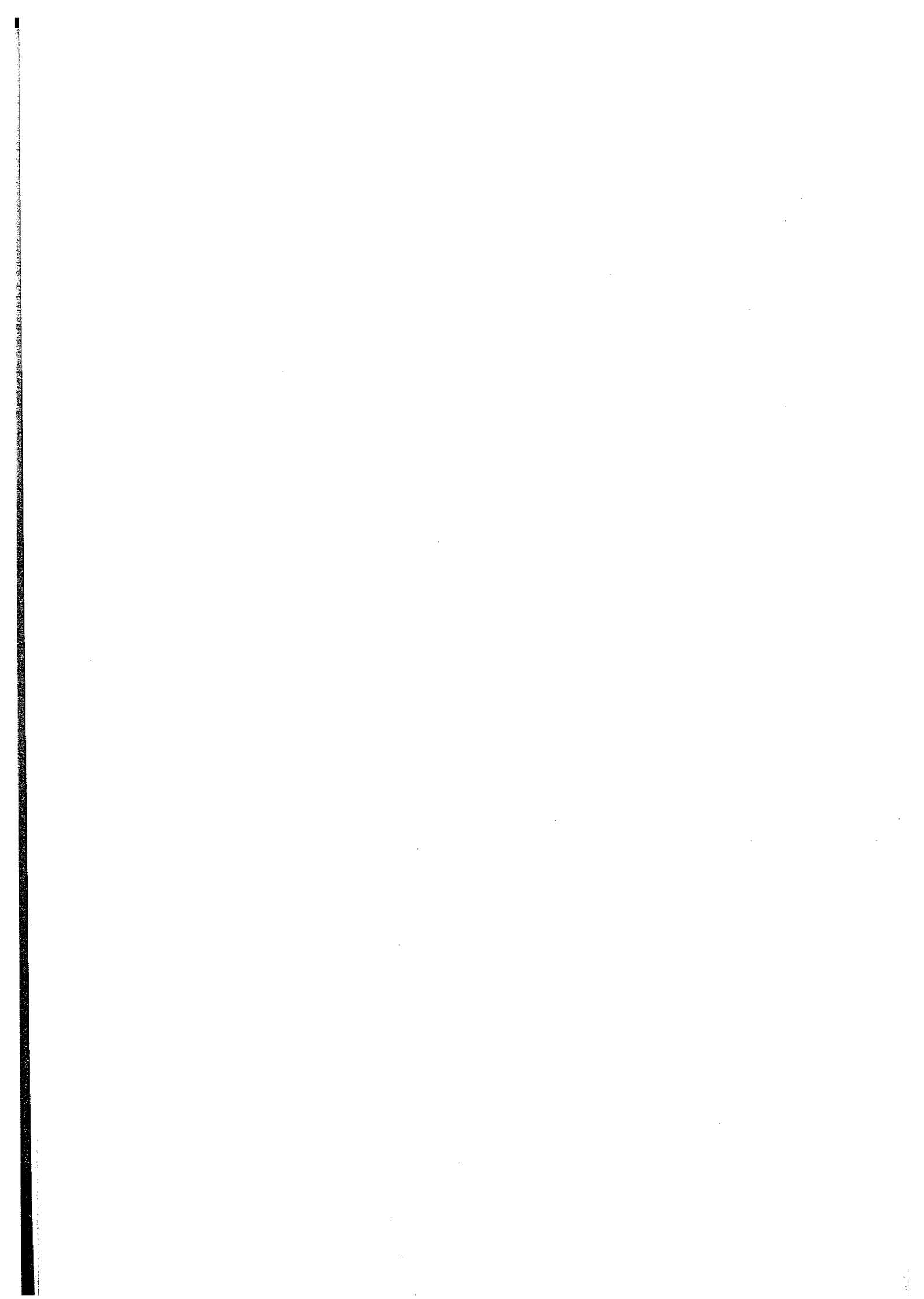
Ein entscheidender Entwicklungsfaktor ist in der weiter ansteigenden Umweltbelastung zu sehen. Der wesentliche Beitrag der Raumordnung und Landesplanung besteht dabei, über eine qualitative und quantitative Freiraumsicherung des Raumes den Erhalt natürlicher Ressourcen zu unterstützen. In diesem Zusammenhang sind von Bedeutung die in jüngster Vergangenheit mit Hilfe moderner Umweltinformationssysteme erarbeiteten Bestandsaufnahmen, die gleichzeitig ein Mehr an Informationen sicherstellen. Der Einsatz solcher Systeme bietet heute die besten Voraussetzungen, Umweltschädigungen und Einflüsse in ihrer räumlichen Ausprägung frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die hieraus gewonnenen Informationen erlauben, qualifizierte fachliche und politische Entscheidungen mit allen daraus resultierenden Vorteilen und Konsequenzen zu treffen. Deshalb verfolgt die Landesregierung mit dem in der Aufstellung befindlichen Landesentwicklungsprogramm III stärker als bisher eine konzeptionelle raumwirksame Freiraumsicherung des Landes.

Mit dem vorliegenden 11. Raumordnungsbericht unterrichtet die Landesregierung über den erreichten Entwicklungsstand und durchgeführte raumbedeutsame Maßnahmen. Gleichzeitig bildet dieser Bericht die Grundlage für künftig notwendige Initiativen

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Ludwig Harig'.

Der Ministerpräsident
des Landes Rheinland-Pfalz





A Rahmenbedingungen der Landesentwicklung

1. Rheinland-Pfalz in Deutschland und in Europa	13
– Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz	
– Ökologische Situation in Rheinland-Pfalz	
2. Entwicklung der Gesamtbevölkerung, ihre	17
Struktur und räumliche Verteilung	
3. Regionale Verteilung der raumwirksamen	30
Finanzströme	

B Berichte aus den Fachbereichen

1. Umwelt- und Ressourcenschutz	39
2. Städtebauliche Entwicklung der Gemeinden	57
3. Fremdenverkehr, Erholung; Freizeit,	67
Sport und Spiel	
4. Gewerbliche Wirtschaft	70
5. Landwirtschaft, Weinbau und Forstwirtschaft	80
6. Verkehr und Telekommunikation	99
7. Energieversorgung	114
8. Wasserwirtschaft	117
9. Abfallwirtschaft	124
10. Bildung und Kultur	131
11. Wissenschaft und Weiterbildung	144
12. Soziale Infrastruktur	146
13. Konversion	153

C Entwicklungen in der Raumordnung und Landesplanung 165

D Anhang

1. Raumbedeutende Programme und Pläne der Landesregierung
2. Untersuchungen und Veröffentlichungen im Berichtszeitraum
3. Entschlüsse/Beschlüsse der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO)

Verzeichnis der Karten und Abbildungen

Karten-Nr.	vor Seite
1 Bevölkerungsdichte – – Stand 31.12.1992 –	19
2 Bevölkerungsveränderung	19
– 31.12.1988 – 31.12.1992 -	19
3 Raumstrukturgliederung	19
4 Lebendgeborene 1992	19
5 Geburtensaldo – 31.12.1988 – 31.12.1992 -	19
6 Wanderungssaldo – 31.12.1988 – 31.12.1992 -	21
7 Pendlerströme 1987	21
8 Ausgewählte räumliche Verflechtungs- kriterien – Wanderungen	21
9 Ausgewählte räumliche Verflechtungs- kriterien – Pendler	21
10 Städtebauliche Maßnahmen des Struk- tur- und Entwicklungsprogramms	33
11 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen des Sanie- rungsprogramms	33
12 Verbesserung der regionalen Wirt- schaftsstruktur 22. Rahmenplan	35
13 Überbaute Flächen – Anteil Gebäude- und Verkehrsfläche an der Gesamt- fläche und Bodenabbaustellen -	41
14 Gewässergütekarte – Stand 1987	45
15 Gewässergütekarte – Stand 1992	45
16 Investitions- und Maßnahmenschwer- punkte	59
17 Bruttowertschöpfung 1990	71
18 Veränderung der Bruttowertschöpfung	73
1986 – 1990	
19 Veränderung der sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigten vom 31.12.1988 – 31.12.1992	75
20 Anteil des Ackerlandes an der LF	83
1992 nach Verwaltungsbezirken	
21 Anteil des Dauergrünlandes an der	83
LF 1992 nach Verwaltungsbezirken	
22 Anteil der Waldfläche an der Gesamt- fläche 1989 nach Verwaltungsbezirken	83

23 Anteil der Landwirtschaftsfläche	83
an der Gesamtfläche 1989 nach Ver-	
waltungsbezirken	
24 Benachteiligte Gebiete	85
– Stand 12/91 –	
25 Verteilung der Rebsorten 1992 in.....	93
den Anbaugebieten	
26 Rufzonen in Rheinland-Pfalz	111
27 Windkraftanlagen – Stand 9/93 –.....	117
28 Grundwasserlandschaften in	119
Rheinland-Pfalz	
29 Nitratkonzentration im oberflächen-	119
nahen Grundwasser – Stand 3/93 -	
30 Pflanzenschutzmittelrückstände im.....	121
Grundwasser – Stand 3/93 –	
31 Wasser- und Heilquellenschutz-	121
gebiete – Stand 7/93 –	
32 Deponien, Müllheizkraftwerke,	127
Biokompostanlagen in Rheinland-Pfalz	
– Stand 6/93 –	
33 Entsorgungsstandorte – Stand 1991	127
34 Soziale Infrastruktur für von Gewalt.....	153
betroffene Frauen und Kinder	

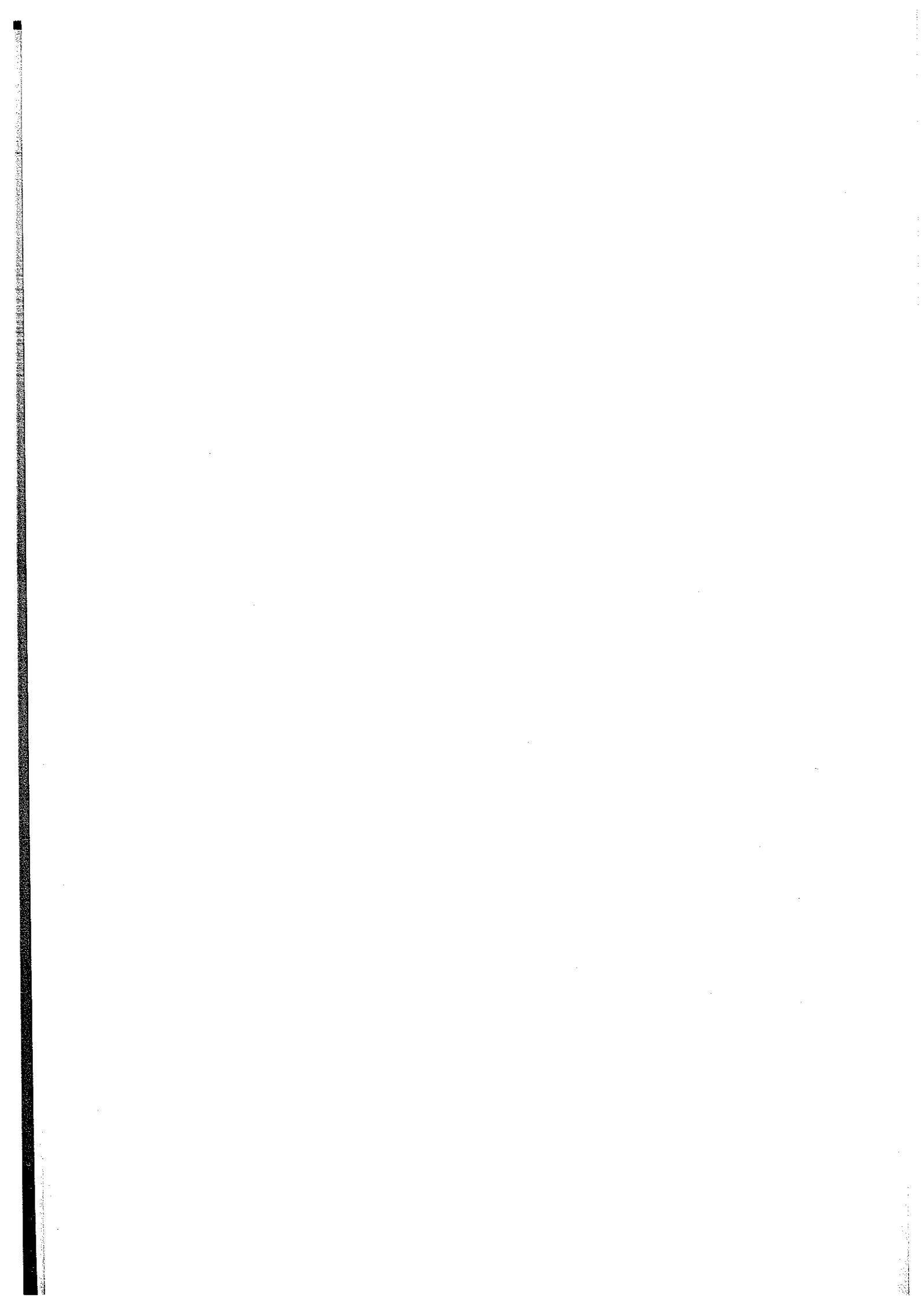
Verzeichnis der Tabellen

	Seite
Tabelle 1: Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.1992 in den Ländern	17
Tabelle 2: Veränderung der Einwohnerzahl 31.12.1988 – 31.12.1992	18
Tabelle 3: Deutsche Bevölkerung 1988 und 1992	19
Tabelle 4: Bevölkerungsentwicklung in den Regionen und Raumstrukturtypen vom 1.1.1989 – 31.12.1992	20
Tabelle 5: Zunahme der Bevölkerungszahl 1988 – 1992 nach Altersgruppen und Geschlecht	21
Tabelle 6: Ausländer 1992 nach Regionen und Raumstrukturtypen	22
Tabelle 7: Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1992 und 1988	23
Tabelle 8: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit nach Regionen 1991, 2000 und 2005	26
Tabelle 9: Veränderung der Altersstruktur 1991 – 2040	28
Tabelle 10: Investitionsstock (FAG)	30
Tabelle 11: Städtebauförderungsprogramm (FAG) Programmteil: Sanierungsprogramm	31
Tabelle 12: Städtebauförderungsprogramm Programmteil: Sanierungsprogramm Programmteil: Sanierungsprogramm Entwicklungsprogramm	32
Tabelle 13: Investitionsstock (Konversion)	32
Tabelle 14: Städtebauförderungsprogramm (Konversion) Programmteile: Strukturprogramm und Entwicklungsprogramm	32
Tabelle 15: Strukturhilfen nach Strukturhilfegesetz a) Maßnahmen des Investitionsstocks -	33
Tabelle 16: Strukturhilfen nach Strukturhilfegesetz b) Städtebauliche Maßnahmen -	33
Tabelle 17: Eingesetzte Zuschüsse und Zulagen im Rahmen der regionalen Struktur- verbesserung – einzelbetriebliche Förderung und Infrastrukturförderung	36

Tabelle 18: Geförderte Arbeitsplätze	36
Tabelle 19: Biotopsicherungsprogramm in Rheinland-Pfalz – Stand 31.12.1992 –	46
Tabelle 20: Mietentwicklung für Altbauwohnungen und Neubauwohnungen in den Planungsregionen	60
Tabelle 21: Wohnungsbauförderung nach Regionen	62
Tabelle 22: Modernisierungsprogramm nach Regionen	64
Tabelle 23: Zahl der geförderten Wohnungen	65
Tabelle 24: Gäste- und Übernachtungszahlen in den einzelnen Fremdenverkehrsgebieten	67
Tabelle 25: Bruttoanlageinvestitionen der Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten 1987 – 1991	70
Tabelle 26: Exportquote in den Regionen 1988 und 1992	70
Tabelle 27: Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten	71
Tabelle 28: Bruttoinlandsprodukt 1989 – 1992	71
Tabelle 29: Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 1992	72
Tabelle 30: Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen nach Regionen (1990)	72
Tabelle 31: Veränderung der Bruttowertschöpfung 1986 – 1991	73
Tabelle 32: Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung 1970, 1980, 1990	73
Tabelle 33: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1992 und Veränderung 1988 – 1992	74
Tabelle 34: Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach Regionen Mitte 1989 und Mitte 1993	75
Tabelle 35: Entwicklung der Arbeitslosigkeit 1989 – 1993	75
Tabelle 36: Landwirtschaftliche Betriebe 1949 – 1992 nach Betriebsgrößenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche	80
Tabelle 37: Landwirtschaftliche Betriebe 1991 nach Größenklassen des Standardbetriebseinkommens	81

Tabelle 38: Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben ab 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche	81
Tabelle 39: Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur 1989 – 1993	83
Tabelle 40: Regionalisierung raumwirksamer Mittel 1989 – 1992 nach Regionen	85
Tabelle 41: Übersicht über die Förderungsmaßnahmen und den Mitteleinsatz im Agrarprogramm Rheinland-Pfalz für die Jahre 1990 – 1992	86
Tabelle 42: Beihilfen zu Investitionsvorhaben im Markt- und Absatzbereich	87
Tabelle 43: Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz von 1989 – 1992	88
Tabelle 44: Förderung der privaten Beratung in der Landwirtschaft	90
Tabelle 45: Fünfjährige Stilllegung von Ackerflächen in Rheinland-Pfalz (1988/89 – 1991/92)	92
Tabelle 46: Ausbau kommunaler Verkehrsanlagen – Finanzmittel in Mio DM -	109
Tabelle 47: Grundwasserentnahmen 1987	118
Tabelle 48: Vergleich der Grundwasserentnahmen 1979 – 1987	119
Tabelle 49: Altablagerungen	128
Tabelle 50: Gefahrenerforschungsmaßnahmen	129
Tabelle 51: Entwicklung der Schülerzahlen aller Schularten 1988 – 1992	131
Tabelle 52: "Kleine Schulen" 1988/89 und 1992/93	132
Tabelle 53: Übergänge von der Grundschule zur Sekundarstufe I	133
Tabelle 54: Übergänge nach der Grundschule am Ende des Schuljahres 1991/92 in % der Schülerzahl in der 4. Grundschulklasse	134
Tabelle 55: Geburtenentwicklung in Rheinland-Pfalz 1970 – 1992 als Basis der Einschulungen in den Jahren 1977 – 1998	136
Tabelle 56: Schüler in Klassenstufe 8 nach Schularten und Schulstandorten in der Differenzierung nach Strukturraumtypen	137

Tabelle 57: Schüler in Sonderschulen	139
Tabelle 58: Soldaten und Familienangehörige der Stationierungstreitkräfte in Relation zur Wohnbevölkerung	153
Tabelle 59: Ausgaben der Stationierungstreitkräfte und ihr Beitrag zur Bruttowertschöpfung	154
Tabelle 60: Zivilbeschäftigte bei den Stationierungstreitkräften nach Entsendestaaten; Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	155
Tabelle 61: Bundeswehr/US-Streitkräfte/französische Streitkräfte – jeweils Soldaten und Zivilbeschäftigte	156
Tabelle 62: Bestand der Soldaten/Zivilbeschäftigten vor Beginn des Truppenabbaus/aktueller Stand	159



A: Rahmenbedingungen der Landesentwicklung

A1: Rheinland-Pfalz in Deutschland und in Europa

Entwicklung und Profil des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz im Berichtszeitraum wurden durch einen tiefgreifenden Wandel der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst. Prägend haben sich erwiesen:

**Wirtschaftsstandort
Rheinland-Pfalz**

- die fortschreitende internationale Arbeitsteilung,
- die weltweite Konkurrenz,
- die Vereinheitlichung der technischen Produktionsbedingungen,
- der allgemeine Trend zur Informationsgesellschaft,
- die steigende Kapitalintensität der Wirtschaft,
- die weltweite Verflechtung der Finanzmärkte.

Für Rheinland-Pfalz sind vier ganz entscheidende Entwicklungsfaktoren zu nennen:

- die globale politisch-militärische Entspannung,
- die Vereinigung Deutschlands,
- die Öffnung der Märkte in Osteuropa und
- die Vollendung des europäischen Binnenmarktes.

Den wohl direktesten und nachhaltigsten Einfluß hat die **politisch-militärische Entspannung** auf Rheinland-Pfalz ausgeübt. Der massive Truppenabbau der Alliierten und der Bundeswehr ist insbesondere für die ländlich geprägten und wirtschaftlich schwach diversifizierten Teile von Rheinland-Pfalz mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen verbunden.

Mit großem Nachdruck unterstützt die Landesregierung den sich hieraus ergebenden notwendigen wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß sowohl organisatorisch als auch finanziell. Erste Erfolge bei Großprojekten, z.B. die Konversion der ehemaligen Militärbasen Zweibrücken und Hahn, und Fortschritte bei vielen kleineren Konversionsprojekten sind bereits zu verzeichnen (s. B 13).

Belastend wirkt sich zusätzlich für den Verflechtungsbereich mit dem Raum Bonn der Beschluß über den Regierungssitz des Deutschen Bundestages zugunsten von Berlin aus. Zum Einzugsbereich des übergeordneten Verwaltungs- und Arbeitsmarktzentrums Bonn gehören auch Teile des nördlichen Rheinland-Pfalz. Nach der Volkszählung vom Mai 1987 waren rd. 11.700 Berufsauspendler aus dem Lande Rheinland-Pfalz in Bonn beschäftigt. Der größte Teil der Berufsauspendler aus Rheinland-Pfalz in die Stadt Bonn entfällt auf den Landkreis Ahrweiler (rd. 7.000), den Landkreis Neuwied (rd. 2.800) sowie den Landkreis Mayen-Koblenz (rd. 850). Die Zahl der Berufsauspendler nach Bonn erreicht im Landkreis Ahrweiler rd. 15 % der Erwerbstätigen und im Landkreis Neuwied 4,2 %.

Nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 20.6.1991 „werden für die Region Bonn – von der Bundesregierung bzw. von einer unabhängigen Kommission – unter Mitwirkung der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Bonn Vorschläge erarbeitet, die als Ausgleich für den Verlust des Parlamentssitzes und von Regierungsfunktionen die Übernahme und Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen von nationaler und internationaler Bedeutung im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich zum Ziel haben.“ Am 3.9.1991 hat der Ministerrat „Leitlinien der Landesregierung von Rheinland-Pfalz für die Verhandlungen mit der

Bundesregierung über die Verlagerung des Parlamentssitzes und von Kernbereichen der Regierungsfunktionen von Bonn nach Berlin" beschlossen. Auf der Basis dieser Leitlinien hat die Landesregierung bei den bisher beschlossenen bzw. eingeleiteten Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn auf eine angemessene Berücksichtigung der strukturpolitischen Belange des Landes Rheinland-Pfalz hingewirkt.

Grundlage für die bisherigen Entscheidungen der Bundesregierung zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20.6.1991 sind insbesondere die Berichte des Arbeitsstabes Berlin/Bonn, die in engem Kontakt mit den betroffenen Ländern und Regionen – das heißt auch, unter Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz und der Kreise Ahrweiler und Neuwied – erstellt worden sind. Das Konzept für die künftige Strukturentwicklung der Region Bonn basiert auf fünf Säulen.

Danach soll die Region Bonn die Funktionen als

- Verwaltungszentrum,
- Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungsraum,
- Kulturstandort,
- zukunftsorientierter Wirtschaftsstandort und
- Standort nationaler, internationaler und supranationaler Einrichtungen

wahrnehmen.

Die Erhaltung von Bonn als Verwaltungszentrum dient auch der Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation im nördlichen Rheinland-Pfalz. Bei den Planungen für die Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungsregion Bonn strebt die Landesregierung folgende Projekte im nördlichen Rheinland-Pfalz an:

- Errichtung einer Abteilung Bad Neuenahr-Ahrweiler der Fachhochschule Rheinland-Pfalz,
- Synchrotronstrahlenquelle LISA,
- Errichtung einer Akademie für Europäische Studien zur Technikfolgenabschätzung/Wissenschaftspark,
- Errichtung eines Landesinstituts für Weiterbildung in Rheinland-Pfalz.

Die Landesregierung hat mit Erfolg darauf hingewirkt, daß das nördliche Rheinland-Pfalz auch an den Maßnahmen zum Ausbau der Region Bonn als zukunftsorientierter Wirtschaftsstandort beteiligt ist. Aus dem Soforthilfeprogramm des Bundes für die Region Bonn soll eine Reihe von Projekten aus dem Land Rheinland-Pfalz gefördert werden. Dabei handelt es sich insbesondere um die Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen, die Errichtung von Technologiezentren und Technologieparks sowie den Ausbau der Fremdenverkehrsinfrastruktur. Für die Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen sind als Standorte die Gemeinden Grafschaft, Remagen, Sinzig, Bad Breisig, Kempenich, Spessart, Rheinbreitbach, Buchholz und Vettelschoß vorgesehen. Für einige dieser Erschließungsprojekte sind bereits zinsverbilligte Bundesdarlehen für den Grunderwerb sowie Bundeszuschüsse für die Erschließungskosten bewilligt worden.

Bei dem Ausbau der Kulturregion Bonn hat die Landesregierung als vorrangig zu fördernde Einzelmaßnahme für Rheinland-Pfalz das „Kulturzentrum Bahnhof Rolandseck“ eingebracht.

Die **Vereinigung Deutschlands** ebenso wie die **Öffnung der Märkte in Osteuropa** haben auf das an der westlichen Grenze der Bundesrepublik Deutschland gelegene Rheinland-Pfalz nur geringe Auswirkungen gehabt. Dennoch waren aufgrund der hieraus resultierenden Sonderkonjunktur in der Bundesrepublik deutliche wirtschaftliche Impulse zu verzeichnen, erkennbar an Waren- und Dienstleistungsströmen. Ihr Nachlassen tritt in der auch in der Bundesrepublik durchschlagenden internationalen Rezession doppelt deutlich zutage.

Die **Vollendung des europäischen Binnenmarktes** hat für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Rheinland-Pfalz nachhaltige Wirkungen. Der mit dem 1. Januar 1993 vollständig vollzogene Abbau der Grenzen für Waren und Dienstleistungen brachte sowohl dem Handel wie auch dem produzierenden Gewerbe neue Möglichkeiten und Chancen. Allerdings stellen gerade für die kleinen und mittleren exportorientierten Betriebe die bislang nicht vereinheitlichten Steuern und die nicht-tarifären Handelshemmnisse eine große Belastung dar. Die Schaffung von adäquaten Rahmenbedingungen in der EG muß auch in diesem Bereich mit Nachdruck betrieben werden. In naher Zukunft wird durch die Ratifizierung des „Abkommens zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR)“ zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft und den nach Ausscheiden der Schweiz verbliebenen EFTA-Staaten für 317 Mio Bürger ein noch größerer Markt entstehen, der für die rheinland-pfälzische Wirtschaft neue Absatzmöglichkeiten eröffnet.

Rheinland-Pfalz gewinnt, im Kernraum der großen europäischen Entwicklungsachsen gelegen, an zusätzlicher Lagegunst. Hierfür ist planerisch im Hinblick auf die Verbesserung der Infrastruktur und die Bereitstellung geeigneter Flächen, die sowohl topographisch geeignet und ökologisch vertretbar als auch erreichbar sein müssen, Rechnung zu tragen.

Andererseits bringt diese zentrale Lage Probleme u.a. hinsichtlich des steigenden Transitverkehrs, die vorausschauend konzeptionell aufgearbeitet werden müssen.

Um dem zu erwartenden Entwicklungsdruck gewachsen zu sein, sind in steigendem Maße geeignete Entlastungsmöglichkeiten außerhalb der großen Verdichtungsräume nötig. Unter Berücksichtigung der erforderlichen Stabilisierung der Wirtschaftszentren liegen hierin zusätzliche Entwicklungschancen für wirtschaftlich schwächer strukturierte Räume, die es zu nutzen gilt.

Die regionale Wirtschaftsförderung soll zum Abbau des Leistungsgefälles zwischen den strukturschwachen, überwiegend ländlich geprägten Räumen und den wirtschaftlichen Verdichtungsgebieten sowie zur Verbreiterung und Verbesserung der gewerblichen Branchenstruktur beitragen.

Die Zusammenarbeit von Rheinland-Pfalz mit seinen französischen, luxemburgischen und belgischen Nachbarn hat eine neue Dimension erhalten. Im Vordergrund der Kooperation mit dem Elsaß, mit Lothringen, Luxemburg sowie der Wallonie und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien steht die projektbezogene Zusammenarbeit. Aus den vielfältigen Aktivitäten sowohl im Rahmen der institutionalisierten Zusammenarbeit als auch der bilateralen Kontakte sind besonders herauszustellen:

- Für alle drei rheinland-pfälzischen Grenzräume wurden regionale Entwicklungskonzepte verabschiedet. Die „Entwicklungskonzeption PAMINA“ aus dem Jahre 1989 deckt den nördlichen Teil des deutsch-französisch-schweizerischen Kommissionsgebietes, d.h. den Grenzraum Nord Elsaß-Südpfalz-Mittlerer Oberrhein ab. Die „PROMOTECH-Studie“ aus dem Jahre 1991 bezieht sich auf den Grenzraum Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz der Deutsch-Französisch-Luxemburgischen Regierungskommission. Die 1991 verabschiedeten „Vorschläge für eine Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ beziehen sich auf den südlichen Teil des Untersuchungsgebietes der Deutsch-Belgischen Raumordnungskommission, d.h. auf das Grenzgebiet Eifel, Hohes Venn, Ardennen. Die drei vorliegenden Entwicklungskonzepte sind ein herausragendes Instrument europäischer Integration an den rheinland-pfälzischen innergemeinschaftlichen Grenzen.
- Die eingerichtete „Informations- und Beratungsstelle für grenzübergreifende Fragen“ in Lauterburg (Elsaß) soll in erster Linie Informationen vermitteln, öffentliche und private Stellen über Fragen und Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beraten sowie gemeinsame grenzüberschreitende Projekte betreuen und vorbereiten.
- In den Jahren 1991 - 1993 wurden gemeinsame Projekte im Rahmen der neuen Gemeinschaftsinitiative der EG-Kommission für die Grenzgebiete (INTERREG) aufgenommen. Projekte in den Grenzregionen können danach mit maximal 50 % aus EG-Mitteln und einer entsprechenden landesinternen Ko-Finanzierung gefördert werden. Rheinland-Pfalz ist an insgesamt vier INTERREG-Programmen beteiligt.
- Am 19. Mai 1993 wurde das „Gemeinsame Protokoll über die nachbarschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Land Rheinland-Pfalz, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“ unterzeichnet. Rheinland-Pfalz und die Deutschsprachige

Gemeinschaft bekunden darin den festen Willen, die Zusammenarbeit zu vertiefen und auszubauen. Denn die unmittelbare Kooperation der Nachbarn ist ein bedeutsamer Beitrag für ein Europa der Regionen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bleibt auch mit dem Europäischen Binnenmarkt eine Herausforderung für Rheinland-Pfalz. Für Rheinland-Pfalz ist neben der Zusammenarbeit der Exekutiven die kommunale Zusammenarbeit ein wichtiges Feld für grenzüberschreitende Aktivitäten. Deshalb ist die Landesregierung verstärkt initiativ geworden, um der kommunalen Ebene einen eigenen rechtsverbindlichen Rahmen zu schaffen.

Ökologische Situation in Rheinland-Pfalz

Das Verhalten gegenüber den natürlichen Lebensgrundlagen und die Auswirkungen auf die Umwelt waren im Berichtszeitraum durch die bereits erwähnten entscheidenden vier Entwicklungsfaktoren und den Beginn der wirtschaftlichen Rezession, die Verabschiedung des Investitionserleichterungs- und Wohnbauandgesetzes sowie den Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzung geprägt.

Obwohl in Teilbereichen (z.B. Qualität von Fließgewässern) Erfolge im Schutz der Umwelt erzielt werden konnten, kann eine generelle Verbesserung der Umweltqualität nicht festgestellt werden. So ist der Flächenverbrauch im Berichtszeitraum zurückgegangen, ist aber nach wie vor zu hoch und verkehrsbedingte Belastungen haben sich nicht verringert.

Die Folgen und Folgekosten der so erzeugten erhöhten Pendlerströme, der Lagerhaltung auf den Straßen (Just-in-time-Management), der zusätzliche Freiflächenverbrauch, die Zunahme von Lärm und verstärkte Luftbelastung führten zur weiteren Verschlechterung der Umwelt – und damit der Lebensqualität vor allem im hochverdichteten und verdichteten Raum.

Die starke Bedrohung der natürlichen Ressourcen macht es notwendig, die rheinland-pfälzische Umweltsituation in einer größeren Dimension bzw. Maßstäblichkeit zu betrachten. Im Berichtszeitraum hat der Einfluß der EG im Bereich der Umweltpolitik zugenommen. Umweltpolitische und normative Vorgaben vereinheitlichen dabei nicht nur die unterschiedlichen Anforderungen der Mitgliedsstaaten, sondern verlangen eine grenzüberschreitende Kooperation. So wurde zum Thema „Umwelt-Oberrhein“ in Basel ein Dreiländerkongreß mit Teilnehmern aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz durchgeführt.

A 2: Entwicklung der Gesamtbevölkerung, ihre Struktur und räumliche Verteilung

Am 30.06.1993 lebten in Rheinland-Pfalz 3.903.696 Einwohner auf einer Fläche von 19.852 km². Dies ist die höchste Einwohnerzahl, die Rheinland-Pfalz je hatte. Die Einwohnerdichte belief sich auf 196,6 Einwohner je km² (Karte 1: Bevölkerungsdichte 1992). Auch nach dem Beitritt der neuen Länder gehört Rheinland-Pfalz zu den kleineren, dünn besiedelten Flächenländern (s. Tab. 1).

Entwicklung im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum setzte sich der 1988 begonnene Anstieg der Einwohnerzahlen verstärkt fort: In den Jahren von Anfang 1989 bis einschließlich 1992 stieg die Einwohnerzahl aufgrund starker Wanderungsgewinne des Landes um 227.810 Personen (+ 62,4 auf 1.000 Einwohner). Eine derartig starke Zunahme der Einwohnerzahlen war zuletzt in den frühen fünfziger Jahren zu beobachten gewesen, als hohe Geburtenüberschüsse und hohe Wanderungsgewinne kumulierten.

An dem starken Bevölkerungszuwachs hatten alle Räume des Landes teil (vgl. Karte 2: Bevölkerungsveränderung 1988-1992 in v.H.). Er setzte längerfristig wirkende Tendenzen – wie die rückläufige Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Ober- und Mittelzentren und den Rückgang der deutschen Bevölkerung (vgl. Raumordnungsbericht 1989 der Landesregierung, S. 31) – außer Kraft (vgl. Tab.2 und 3 i.V.m. Karte 3: Raumstrukturgliederung)).

Gesamtentwicklung

Tabelle 1: Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.1992 in den Ländern

Land	Fläche (31.12.1991)	Bevölkerung (31.12.1992)	Einwohner je km ²
	km ²	Anzahl	
Schleswig-Holstein	15.731,33	2.679.575	170
Hamburg	755,31	1.688.785	2.236
Niedersachsen	47.363,59	7.577.520	160
Bremen	404,23	685.845	1.697
Nordrhein-Westfalen	34.070,68	17.679.166	519
Hessen	21.114,35	5.922.639	281
Rheinland-Pfalz	19.845,78	3.880.965	196
Baden-Württemberg	35.751,39	10.148.708	284
Bayern	70.553,97	11.770.257	167
Saarland	2.570,01	1.084.007	422
Berlin	889,10	3.465.748	3.898
Brandenburg	29.052,53	2.548.527	88
Mecklenburg-Vorpommern	23.598,21	1.864.815	79
Sachsen	18.337,74	4.640.997	253
Sachsen-Anhalt	20.442,92	2.796.981	137
Thüringen	16.251,36	2.545.808	157
Deutschland	356.732,50	80.980.343	227
Früheres Bundesgebiet	248.646,44	65.289.234	263
Neue Länder u. Berlin-Ost	108.086,06	15.691.109	145
Stadtstaaten	2.048,64	5.840.378	2.851
Flächenländer	354.683,86	75.139.965	212
Alte Länder	247.001,10	60.742.837	246
Neue Länder	107.682,76	14.397.128	134

Überdurchschnittliche Zunahmeraten entfielen insbesondere

- auf die Regionen Mittelrhein-Westerwald (+ 68,8 auf 1.000 Personen) und Rheinhessen-Nahe (+ 65,2),
- auf die Grund- (+ 73,6) und Mittelzentren (+ 64,9),
- auf die dünn besiedelten ländlichen Räume (+ 67,4) und die ländlichen Räume mit Verdichtungsansätzen (+ 65,3).

Die Zunahme in den Oberzentren ist – bezogen auf die dort lebende Bevölkerung – weit unterdurchschnittlich.

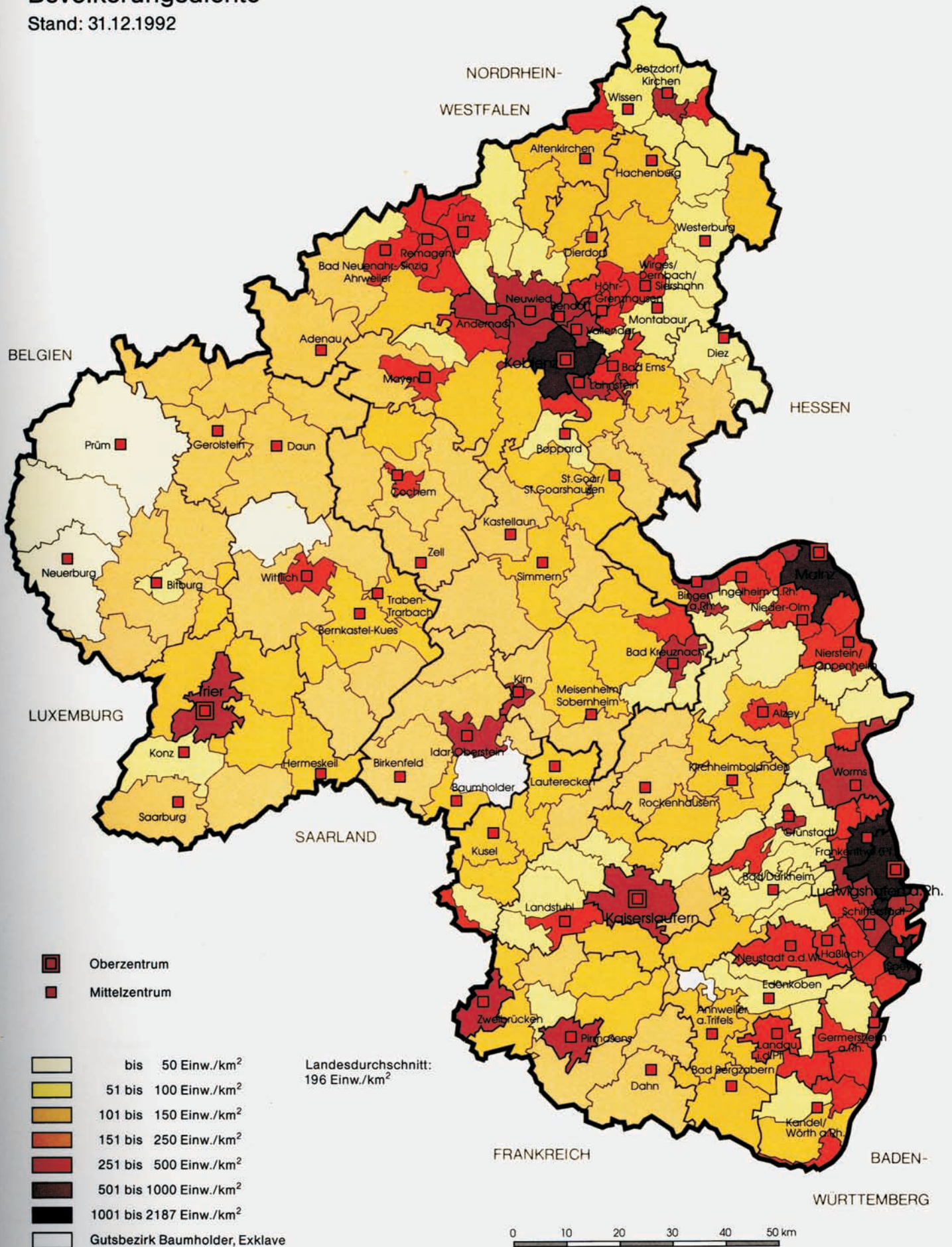
Geburten Im Jahre 1989 lag die Zahl der Lebendgeborenen mit 39.650 geringfügig unter dem Wert für 1988 (39.850). 1990 wurden dagegen 42.732 Kinder geboren, 1991 42.311 und 1992 42.722. Damit ist das Geburtenniveau des Jahres 1972 (41.035 Lebendgeborene) leicht überschritten. Die Zunahme der Zahl der Lebendgeborenen ist nur zu einem Teil auf ein geändertes generatives Verhalten, vor allem aber auf den veränderten Altersaufbau der Bevölkerung zurückzuführen. Zwar stieg die Zahl der Lebendgeborenen – bezogen auf 1.000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren – von 52,20 im Jahre 1988 über 51,75 im Jahre 1989 auf 54,85 im Jahre 1990, ging dann aber von 53,38 im Jahre 1991 auf 53,01 im Jahre 1992 (vgl. Karte 4: Lebendgeborene 1992 auf 1.000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren) zurück. Das Geburtenniveau sichert insgesamt nicht die Erhaltung der Bevölkerungszahl im Verhältnis von Geburten- zu Sterbefällen. Hierzu wären bei der heute gegebenen Altersstruktur und Lebenserwartung um rd. 43 % höhere Geburtenzahlen erforderlich.

Tabelle 2: **Veränderung der Einwohnerzahl
31.12.1988 – 31.12.1992**

Region Raumstrukturtyp Zentralitätsstufe	absolut	auf 1.000 Einwohner am 31.12.1988
Mittelrhein-Westerwald	+ 77.437	+ 68,8
Trier	+ 21.387	+ 45,2
Rheinhessen-Nahe	+ 48.701	+ 65,2
Rheinpfalz	+ 49.040	+ 61,9
Westpfalz	+ 31.245	+ 60,7
hochverdichtete Räume	+ 51.657	+ 53,6
verdichtete Räume	+ 66.078	+ 64,7
ländliche Räume mit Verdichtungsansätzen	+ 51.780	+ 65,3
dünn besiedelte ländliche Räume	+ 40.492	+ 67,4
dünn besiedelte ländliche Räume in ungünstiger Lage	+ 17.803	+ 65,0
Oberzentren	+ 29.328	+ 46,3
Mittelzentren	+ 68.232	+ 64,9
Grundzentren (Unter- u. Kleinzentren)	+ 45.777	+ 73,6
zentrale Orte insgesamt	+ 143.337	+ 62,1
Rheinland-Pfalz	+ 227.810	+ 62,4

Bevölkerungsdichte

Stand: 31.12.1992



Quelle: LIS RLP, Bad Ems

